

## A n t w o r t

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kathrin Anklam-Trapp und Dr. Tanja Machalet (SPD)  
– Drucksache 17/2305 –

### Arzneimitteltherapiesicherheit

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/2305 – vom 16. Februar 2017 hat folgenden Wortlaut:

Auf einer Pressekonferenz am 2. Februar 2017 präsentierten die Projektbeteiligten, darunter das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, die Techniker Krankenkasse, die Landesapothekerkammer und die Universitätsmedizin Mainz, die Ergebnisse des Modellprojekts „Vernetzte Arzneimitteltherapiesicherheit (AMTS) mit dem elektronischen Medikationsplan in Rheinland-Pfalz“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was war das Ziel des Modellprojekts „Vernetzte Arzneimitteltherapiesicherheit (AMTS) mit dem elektronischen Medikationsplan in Rheinland-Pfalz“ und wie verlief dessen praktische Umsetzung?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse des Projekts?
3. Inwiefern kann das Modellprojekt nach Ansicht der Landesregierung ein Wegweiser zur bundesweiten Umsetzung des E-Health-Gesetzes sein?

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. März 2017 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Ziel des im März 2015 vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie gemeinsam mit der Universitätsmedizin Mainz, der Landesapothekerkammer Rheinland-Pfalz sowie der Techniker Krankenkasse gestarteten Pilotprojektes zur Arzneimitteltherapiesicherheit war die Vorgabe, an der Schnittstelle ambulant zu stationär Doppelverordnungen, Fehlgebrauch sowie unerwünschte Wechselwirkungen von Arzneimitteln zu reduzieren beziehungsweise zu vermeiden. Hintergrund der Initiative waren gesicherte Daten aus dem Bereich der Krankenkassen, dass mit Blick auf die demografische Entwicklung die Anzahl gleichzeitig eingenommener Arzneimittel mit dem Lebensalter exponentiell ansteigt. Basierend auf einem Leitprojekt in Rheinland-Pfalz zur Entlassmedikation in den Jahren 2010 bis 2012 hatte sich die Schnittstelle ambulant zu stationär als Kommunikationslücke herausgestellt.

Im Rahmen des Entlassmanagements erhielten 601 Patientinnen und Patienten beim Übergang vom stationären in den ambulanten Bereich einen elektronischen Medikationsplan, der nachfolgend von Hausärzten und Stammapotheken aktualisiert wurde. Insgesamt wurden so 2 189 Medikationspläne erstellt, wobei 23 479 Arzneimittel geprüft wurden.

Zu Frage 2:

Aus Sicht der Landesregierung sind die angestrebten Ziele des Projektes, eine bessere Kommunikation an der Schnittstelle ambulant zu stationär zu erhalten und die Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Apotheken im Sinne der Patientensicherheit zu verbessern, in vollem Umfang erreicht worden. In einem Fall einer herztransplantierten Patientin mit hochgradiger Niereninsuffizienz konnte die gleichzeitige Einnahme zweier kritischer Arzneimittel mit der Gefahr eines akuten Nierenversagens wirksam verhindert werden. Dies zeigt deutlich, dass der einzelne Patient von einer ständigen Aktualisierung profitiert.

Zu Frage 3:

Das Modellprojekt zur vernetzten Arzneimitteltherapiesicherheit (AMTS) mit dem elektronischen Medikationsplan in Rheinland-Pfalz konnte erstmalig die Praxistauglichkeit telematischer Instrumente in der Fläche nachweisen, die mit dem E-Health-Gesetz ab Anfang des Jahres 2018 bundesweit verbindlich werden. Insoweit können die Resultate aus Rheinland-Pfalz wertvolle Hinweise für die Umsetzung in der Regelversorgung auf Bundesebene geben. Die endgültige Abschlussauswertung des Projektes, die Mitte des Jahres 2017 zu erwarten ist, wird dabei eine richtungweisende Bedeutung gewinnen.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Staatsministerin